



Land **Burgenland**

Abteilung 4 - Agrarwesen, Natur- und Klimaschutz
Referat Wasser- und Abfallrecht

Amt der Bgld. Landesregierung, Europaplatz 1, 7000 Eisenstadt

«Postalische_Adresse»

Eisenstadt, am 17.10.2024
Sachb.: Mag. Michael Stiegelmar
Tel.: +43 57 600-2711
Fax: +43 57 600-2790

E-Mail: post.a4-recht-wasser-abfall@bgld.gv.at

Zahl: 2024-011.198-2/4

OE: A4-HAU

(Bei Antwortschreiben bitte Zahl und OE anführen)

Betreff: **Stadtgemeinde Pinkafeld, Abwasserbeseitigungsanlage,
Erweiterung ABA BA 28, 1. Teilbereich Mühlbachweg und Franz-Liszt-Gasse,
wasserrechtliche Bewilligung,
Überprüfung gemäß § 121 WRG 1959;**

KUNDMACHUNG

Die Stadtgemeinde Pinkafeld hat die Fertigstellung der mit Bescheid des Landeshauptmannes von Burgenland vom 02.02.2017, Zl. A4/WA.K-10012-13, wasserrechtlich bewilligten Erweiterung ihrer Abwasserbeseitigungsanlage im Bereich Mühlbachweg und Franz-Liszt-Gasse angezeigt und unter Vorlage von Ausführungsunterlagen (Projekt „ABA BA 28, 1. Teilbereich Mühlbachweg und Franz-Liszt-Gasse, kult², die Kulturtechniker GmbH, GZ 16014, 22.05.2024) um die Überprüfung der Anlage angesucht.

Hierüber wird vom Amt der Burgenländischen Landesregierung als Wasserrechtsbehörde gemäß §121 WRG 1959 (Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959 idF. BGBl. I Nr. 73/2018) und den §§40 – 54 AVG (Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991, BGBl. Nr. 51/1991 idF. BGBl. I Nr. 88/2023) eine mündliche Verhandlung für

Donnerstag, den 21. November 2024

mit dem Zusammentritt der Verhandlungsteilnehmer beim Rathaus der Stadtgemeinde Pinkafeld um **10:30 Uhr** anberaunt.

Verhandlungsleiter: Mag. Michael Stiegelmar

Die Entwurfsbehalte liegen bis zum Verhandlungsvortrag beim Amt der Burgenländischen Landesregierung in Eisenstadt, Landhaus Neu, 3. Stock, Bauteil A, Zi. 313, sowie im Rathaus der Stadtgemeinde Pinkafeld während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Für die Verhandlung ist Folgendes zu beachten:

Die Beteiligten können selbst kommen oder einen Vertreter entsenden. Der Vertreter muss mit der Sachlage vertraut, voll handlungsfähig und bevollmächtigt sein. Ist der Vertreter eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person (z.B. Rechtsanwalt oder Notar), ersetzt die Berufung auf die Bevollmächtigung deren urkundlichen Nachweis. Von einer Vollmacht kann abgesehen werden, wenn die Vertretung durch amtsbekannte Familienmitglieder, Haushaltsangehörige, Angestellte oder durch amtsbekannte Funktionäre von beruflichen oder anderen Organisationen erfolgt und kein Zweifel an der Vertretungsbefugnis besteht.

Es besteht auch die Möglichkeit, gemeinsam mit dem Vertreter zu erscheinen (§10 AVG). Weiters ist zu beachten, dass gemäß § 42 AVG eine Person im Verfahren ihre Stellung als Partei verliert, soweit sie nicht spätestens am Tag vor der Verhandlung beim Amt der Burgenländischen Landesregierung, Abteilung 4 – Agrarwesen, Natur- und Klimaschutz, oder während der Verhandlung Einwendungen erhebt.

Im Überprüfungsverfahren können nur solche Einwendungen vorgebracht werden, welche die Nichtübereinstimmung der ausgeführten Anlage mit dem genehmigten Projekt zum Inhalt haben.

Für den Landeshauptmann:

Mag. Michael Grafl



Amt der Burgenländischen Landesregierung • A-7000 Eisenstadt • Europaplatz 1
Telefon +43 57 600-0 • Fax +43 2682 61884 • E-Mail anbringen@bgl.gv.at
www.burgenland.at • Datenschutz <https://www.burgenland.at/datenschutz>